

So werden die Bergarbeiter nie liegen!

Verhandlungen sind Meilensteine auf dem Wege der Entwicklung der Gewerkschaften, sie sind händig gebrauchte Redewendung der Gewerkschaftsführer, die auch auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes hieß. In dies der Fall, dann müßte vorzulegen werden, dem „Meilenstein“ anlässlich des Magdeburger Verbandstages die Nachfrist zu geben:

„Die Interessen der Bergarbeiter sind untergeordnet den Koalitionsbestrebungen der Sozialdemokratischen Partei. Die einzige Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation besteht darin, die Wirtschaft vor Erschütterungen zu bewahren, d. h. alle Maßnahmen zu unterbinden, die irgendeine geeignet sein könnten, den Profit der Grundkapitalisten zu vermindern.“

Diese Ansicht würde den ganzen Verlauf und den Inhalt der Beschlüsse dieser Tagung widerspiegeln. Man mag sich vergegenwärtigen, daß die Tagung in einer Zeit stattfand, in der rund 60.000 bis 60.000 Ruhrbergarbeiter von der Entlassung bedroht sind, wo die kapitalistischen Rationalisierungsmethoden in allen Bergbauereien immer tollere Formen annehmen, wo den Saarbergarbeitern, die heute noch die 7 1/2-Stundenfrist unter Tage beibehalten, das Schicksal droht, diese zu verlieren und die Achtstundenfrist aufzuerhalten. Der Verbandstag hatte die Aufgabe, zu den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen der letzten beiden Jahre Stellung zu nehmen, den Verlauf dieser Bewegungen zu überprüfen und festzustellen, ob der bei diesen Bewegungen eingeschlagene Weg der richtige und erfolgreiche für die Bergarbeiter gewesen ist.

Wie hat der Verbandstag diese Fragen gelöst? Zwei Minister erschienen als Referent. Der demokratische Handelsminister Dr. Schreiber, der im Namen des Bergarbeitersammiters und des sozialistischen Arbeitskammerministers Dr. Curtius sprach, konnte unter dem Vorwand der Mehrheit des Verbandstages offen das Scharfmacherprogramm der Preußischen Regierung gegen die Bergarbeiter verurteilen. Seine Ausführungen befielen sich vollständig mit den Ansichten der Truggemainten. Entlassungen sind unvermeidlich, Stillelegungen nicht mehr wirtschaftlicher Betriebe sind zur Geltung des Ruhrbergbaus notwendig. Öffentliche Gelder für notleidende Betriebe dürfen nicht verwendet werden. Die Organisation wurde aufgegeben, die Regierung hat ihren Scharfmacherplänen gegen die Bergarbeiter zu unterliegen.

Diese Grundzüge der Scharfmacherrede des preussischen Handelsministers waren auch die A und O der Reden der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und der übrigen Referenten. Sie wiesen nach, daß die Durchführung dieser Pläne und damit die Unterbrechung der kapitalistischen Rationalisierung und der übrigen Wirtschaft der Grundkapitalisten bei den Bergarbeitern selbst auf Widerstand stoßen wird, die an ihrem eigenen Leibe die Segnungen dieser Politik zu spüren bekommen. Deshalb waren sie bemüht, durch die Beschlüsse der Tagung innerhalb der Organisation die notwendige Sicherheit zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, ihre Politik fortzusetzen.

Deshalb vor allem auch das offene Bekenntnis zu dem Schlichterapparat, zum Schlichtungsausschuss, an dem nach einmütiger Auffassung der Referenten nicht gerüttelt werden darf. Der DGB-Vertreter Eggert gab dabei den Ton an. Er erklärte, daß in der Gewerkschaften Ordnung geschaffen werden muß, daß die Führer zu bestimmen, die Mitglieder unter allen Umständen zu gebordern haben. Auf diesen Ton waren die Ausführungen Hufmanns und anderer Bergarbeiterverbandsführer abgestimmt.

Mit einem großen Zahlenmaterial glaubten sie die erfolgreiche Tätigkeit ihrer Politik demonstrieren zu können. 15 Millionen Mark erhalten nach ihren Angaben die Ruhrbergarbeiter monatlich mehr an Lohn ausbezahlt, als vor zwei Jahren. Millionen Stunden Arbeitserleichterung sind herausgeholt. Der Bergmann braucht aber kein Geld, an seiner Beihütte und dem realen Wert des Inhalts, daß diese Angaben nichts als Bluff und Schwindel sind. Die Gewerkschaftsführer erklärten, daß sie bemüht waren, auch eine Erhöhung der Preise zu unterbinden, verstanden aber dabei, daß sie im Interesse der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten in den Gemeinwirtschaftsorganen, die nach ihrer Ansicht ein Stück Sozialismus darstellen, ihre Zustimmung zur Erhöhung der Kohlenpreise gegeben haben, die eine Preis-erhöhung auf allen übrigen Gebieten nach sich gezogen hat.

Die Wirtschaft darf nicht erschüttert werden! Verdrängt stellte der Kassierer in seinem Kassenschein fest, daß die Aufwendungen jeder Streiks in den letzten zwei Jahren nur sehr gering gewesen sind. Warum streiken? Das Schlichtungsgesetz, nach einer Rede die größte revolutionäre Tat der Nachkriegszeit, erfüllt nach ihrer Ansicht viel besser als der Kampf alle Forderungen, die von den Bergarbeitern gestellt werden.

Gleichzeitig wurde aber auch Vorlage getroffen, um zu verhindern, daß eine kommende Generalversammlung eine andere Zusammenlegung erfolgt. Die Bureaupatrie weiß, und das beweist der ganze Verlauf dieser Tagung, daß die oppositionellen Mitglieder mit allen Mitteln versuchen werden, das Verhängnisvolle der reformistischen Politik aufzulösen und die Mitglieder von der Notwendigkeit einer Aenderung dieses Kurzes im Sinne des Klassenkampfes zu überzeugen. Schon bei der Wahl der Delegierten unter den demagogischen Mitteln köstlich. Hufmann erklärte auf der Generalversammlung, daß bei den kommenden Wahlen noch ganz anders verfahren werde, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Tagung Wahlzettel überhaupt nicht vertreten sein werde.

Die Behauptung der Ausschüsse oppositioneller Kameraden aus dem Verband durch die Generalversammlung wird zum Hauptvorwand natürlich ermutigen, auch diese Politik, die zu immer weiterer Zerstückelung der Bergarbeiter führen muß, in Zukunft fortzusetzen. Wesentlich ist sich der Hauptvorwand des Rechts beizugehen und im „Statut verankern“, daß ganz die Zahlstellen aufgestellt werden dürfen! Jeder Beschäftigte der vom Hauptvorwand unterbreitet und von der Mehrheit beschlossen wurde, atmet den Geist des Kampfes gegen die Opposition, bezieht eine Erklärung der Diktaturgemäß, die der Hauptvorwand selbst und ausspricht.

Alle Anträge, die aus den Zahlstellen eingeladen waren, mit denen sich die Mitglieder draußen beschäftigt hatten, wurden entweder abgelehnt oder vom Vorstand als Material überwiesen. Der Diktator für die Delegierten war auf 21. Juli pro Tag festgelegt. Die Angehörigen des Verbandes führten eine Lohnbewegung durch, ohne Schiedspruch und ohne Schlichter. Trotzdem Herr Wiffel anwendbar war, wurde ihnen 12 Prozent Gehaltserhöhung ausbezahlt. Ohne Ausprüche wurden die Referate Wiffels und Dr. Bergers entgegengenommen, die für die wirtschaftsfeindliche Politik des Verbandes die theoretische Begründung lieferten.

Oppositionelle Ortsverwaltung des Berliner Textilarbeiterverbandes aufgelöst!

Ein Handreich im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik

Die Gouletung des Deutschen Textilarbeiterverbandes des General-Verbandung-Lothar-Wedding-Pommern hat jetzt die oppositionelle Berliner Ortsverwaltung aufgelöst. Die Auflösung erfolgte unter einer besonders heftigen und infamen Begründung. Die kommunikativen Mittel der Ortsverwaltung sollten sich verpflichten, jede Arbeit in ihrer parteiellen zu unterlassen. Das bedeutet, daß sich diese Gouletung jeder Tätigkeit in ihrer Partei enthalten sollten, denn die Zellen der SPD, entsprechen organisatorisch den Abteilungsabenden der SPD.

Überdem wurde von den kommunikativen Ortsverwaltungsmitgliedern verlangt, sie sollen drin lassen, daß die kommunistische Partei keine Mittel mehr bereitstellt, die nicht nur für der Gewerkschaft zur Partei vorzulegen haben.

Verpflichtung die SPD-Zellen trugden ungenetzte Artikel, so solle die Ortsverwaltung gegen die Schrecknisse der kommunikativen Zellen protestieren. Es ist nur selbstverständlich, daß dieses ungläubliche Ansehen von den oppositionellen Ortsverwaltungsmitgliedern getrieben zurückgewiesen wurde.

Beispielen wurde das Vorgehen gegen die kommunikativen Ortsverwaltung in einer Fraktionierung der sozialdemokratischen Textilarbeiter, die am 18. Juli im Berliner Gewerkschaftshaus tagte. Sie war von 14 Mitgliedern anwesend, in ihrer großen Mehrheit Angehörige des Verbandes, an die beschließen, netztlich auf Zuspitzung aller Jahressagen, die Abhängigkeit der Ortsverwaltung.

Dieser Gemäßigter in Berlin muß die gesamte Mitgliedschaft des Verbandes zur Gegenwehr herausverufen. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Mitgliedschaft steht hinter der gewählten oppositionellen Ortsverwaltung.

Die sozialdemokratischen Führer des Textilarbeiterverbandes fallen die Demokratie genau so auf wie die kapitalistische Klasse.

Wenn die Mehrheit einer Mitgliedschaft gegen sie stimmt, halten sie sich durch diktatorische Maßnahmen an der Herrschaft. Im Berliner Fall ist das heilige Vorgehen der Reformen differt von den Koalitionselementen der SPD. Wahl in keiner anderen Situation erfüllt so ein Hungerleid, eine so lange Arbeitszeit, so schlechte Arbeitsbedingungen wie in der Textildindustrie. Der sozialdemokratische Reichsorganisator Wiffel ist nicht gewillt, die Lage der Textilarbeiter zu verbessern, er kann auch keine Arbeitskampfe beschreiben. Darum will jetzt die sozialdemokratische Führung der Textilarbeiter dieses mirsche, irrenhafte Semogenen beschreiben lassen, sie will jeden Kampf von vornherein abmürzen. Eben weil sozialdemokratische Mitglieder in der Regierung sind sollen die Textilarbeiter nicht daran denken dürfen, ihre Lage durch Kampfmaßnahmen zu verbessern. Weil aber die oppositionellen Kollegen überall teilhaftig für ihre Arbeitsüber-eintreten und den Kampf gegen das Unternehmen an orientieren, darum sollen überall die oppositionellen Kollegen von wichtigen Posten entfernt werden. Vor allem will die Bureaupatrie in Berlin, dem Sitz des Hauptvorstandes, keine oppositionelle Ortsverwaltung dulden.

Die Textilarbeiter nehmen den Kampf gegen den unerhörten Geist der Mitgliedschaft auf, sie kämpfen gegen die Vernichtung der politischen Demokratie im Verbanne. Trotzdem die sozial-

demokratischen Führer die Demokratie mit ihren ungenetzten Mitgliedern Textilarbeiter den Verband! Sie sind dem Verbandes wird der Kampf gegen die Reformen fortgeführt. Es gilt, zentrale neue Mitglieder zu gewinnen innerhalb des Verbandes mit der Opposition kämpfen. Die Lage Stellung nehmen und Protest erheben. Der Kampf um die Wertschöpfung der proletarischen Demokratie im Verbanne die Erhaltung und Stärkung der Kampfkraft der Organisation geteilt habe. Als Ausdruck des Proleten gegen die Unterwerfung „Kampfen zu können, denn die ehrlie Mitglieder zur Einheit aufrufen, kann die Spaltungsoptionen getrieben werden.

Streifbrecher bleiben, Oppositionelle ausgliedern

Die Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes hieß Böhlen, nahm am 14. Juli einen Bericht über die Arbeit der Bergarbeiter entgegen. Anschließend wurde eine sehr rege Debatte, besonders die Ausschüsse der sozialdemokratischen Partei, die die Mitglieder der Bergarbeiterverband hatte die Streifbrecher vom Bergbauereiarbeiterschaft in Böhlen nicht ausgeschlossen. Die Bergarbeiter sind jedoch aus dem Verband entfernt worden, legte das ganz richtig hervor, daß die letzte Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in unter dem Zeichen der Koalition geteilt habe. Als Ausdruck des Proleten gegen die durch den Vorstand wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Es ist der Zahlstelle Böhlen bei Leipzig unannehmlich auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes Mitglieder der Arbeitervereine in der Arbeit der Bergarbeiter vereint wurde. Die Mitgliedschaft erhebt dagegen Protest.“

Chemnitzer Zimmerer für die oppositionellen Anträge zum DGB-Kongress

Eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Chemnitz Zimmererverbandes nahm folgende Entschlüsse an:

„Die heute, am 18. Juli 1928, jagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Zimmerer, Chemnitz, stellt sich nicht hinter die von den Vorsitzenden des DGB, Kumbach, hier mit anderen freigeigenschaftlichen Organisationen erlassenen Entschlüsse an, die dem Gewerkschaftsverbandes gegen die Wirtschaftsdemokratie, gegen das Schlichtungsgesetz, gegen die Spaltungs- und Ausgliederungsmaßnahmen, gegen die Preisüberhöhung für die Einladungen der Gewerkschaftsversammlung zum DGB-Kongress, für den Schutz der Arbeiter und für das Aktionsprogramm der freien Gewerkschaften. Die Versammlung fordert von den Delegierten des Kongresses und in erster Linie von den Delegierten des Bergarbeiterverbandes, daß sie sich für die Annahme dieser Forderungen einsetzen.“

ten. Der Hauptvorwand und seine Getreuen waren von dem Verlauf der Tagung voll befrichtigt.

Die oppositionellen Delegierten haben auf dieser Tagung klar und unmissverständlich ihre Auffassung über die Linie des Verbandes bei der Vertretung der Interessen der Bergarbeiter Ausdruck gegeben. Sie vertraten die Anträge, die von den Mitgliedern draußen in den Zahlstellen an die Tagung gerichtet wurden und die eine Aenderung des Kurzes forderten. In weiteren Anträgen und Entschlüssen zeigten sie den Weg auf, der einzu-schlagen werden muß. Sie sprachen dem Hauptvorwand für dessen Tätigkeit das schärfste Mißtrauen aus und mußten dafür die Angriffe und Beschimpfungen der geschlossenen reformistischen Mehrheit über sich ergehen lassen.

Die auch bei den einzelnen sozialdemokratischen Delegierten unmissverständlich vorhandene oppositionelle Stimmung wurde schnell durch die Gerissenheit der reformistischen Führer zum Schweigen gebracht. Folten als Knappheitsmittel, als Gestaltkontrollen wird durch den Hauptvorwand zu verstehen, was will dann von den sozialdemokratischen Funktionären noch Opposition treiben? Die Bergarbeiter dürfen sich jedoch nicht beirren lassen. In allen Zahlstellenversammlungen des Verbandes, wo jetzt zu den Beschlüssen der Generalversammlung Stellung genommen wird, müssen die Mitglieder der Organisation zum Ausdruck bringen, daß sie das Verhalten der reformistischen Delegierten auf das schärfste mißbilligen. Aber nicht das allein genügt! Es gilt, die Opposition zu stärken, trotz aller Angriffe der Bureaupatrie eine zielbewusste und planmäßige Arbeit innerhalb des Verbandes durchzuführen zur Sammlung aller oppositionellen Kräfte. Nur dann wird es gelingen, der Organisation wieder die Verankerung zu geben, den Kampfschritt härter herauszubringen, die Bergarbeiter in den Stand zu setzen, trotz der wirtschaftsfeindlichen Einstellung der Gewerkschaftsbureaupatrie den Kampf um ihre berechtigten Forderungen erfolgreich durchzuführen.

Müllers würdiger Vertreter

(Eig. Meldg.) Berlin, 21. Juli.

Der Reichssekretär Hermann Müller tritt Anfang nächster Woche seinen mehrwöchigen Urlaub an. Seine Vertretung übernimmt die Reichsministerin Greener.

Man muß sich hüten, daß der sozialdemokratische Mittel der deutschen Industrieopposition, Herr Hermann Müller, in hundertförmiger Groener einen durchaus würdigen Erlangman gefunden hat.

Rudi Breitscheid verteidigt die Koalition

(Eig. Meldg.) Berlin, 21. Juli.

Gestern sprach hier der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid in einer Mitgliederversammlung der SPD. Breitscheid verteidigte die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie zu verteidigen. Die Sozialdemokratie sei durch Beschlüsse des Kieler Parteitag-

Polnische König von Polen?

London, 22. Juli.

Wie der Korrespondent der „Sunday Chronicle“ aus woiwarter Kreisen in Warschau zu werden weiß, ist man von der Überzeugung, daß innerhalb der nächsten Wochen die Republik gelöst und die Monarchie ausgerufen wird. Willkür soll beschleunigt, so zum König ernannt zu lassen. Die Macht des Parlamentes ist völlig beseitigt und die absolute Gewalt auf den König übertragen werden.

Diese Meldung zeigt, selbst wenn sie sich nicht in vollen Umfang bestätigt, daß in Polen ein Staatsstreich bevorsteht.

in der Lage gewesen, Koalitionspolitik auf große Sicht zu sein und es liebt niemand in der Reichstagsfraktion gewesen, das nur die Wirkung der Sozialdemokratie zu sein, die die Koalition (1) Das Programm der Regierungserklärung ist die größte eines großen Kompromisses.

Massenprotest der Lüneburger Arbeiter

Gegen die reformistischen Kreismannschaften

Der sozialdemokratische Kartellstiftende von Lüneburg kamtlich das Gewerkschaftsamt dadurch zerstört, daß er herbeizuf, damit sie über einen Teil der freilich demotivierten Gewerkschaftsmitglieder herstelle. Außerdem hat er ein solches Demonstrationenverbot gegen rote Frontkämpfer mit der Polizeigebiet veranlaßt.

Am 19. Juli nahm eine öffentliche Arbeiterversammlung in Lüneburg eine gewaltige Zahl. Einmütig wurde die Wählergemeinschaft die unerhörte Haltung der Lüneburger Führer beurteilt.

Der Widerstand gegen die sozialdemokratische Spaltertätigkeit

(Eig. Drahtm.) Dresden, 21. Juli.

Das vom 20. bis 22. Juli abgehaltene Sportfest des Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fand bei der besten Stimmung statt. Entgegen allen Verleumdungen, auch dem höchsten Treis die einheitsfeindlichen des Bundesstages aufzunehmen und die kommunikativen Nähe von der Mitarbeit auszuschalten, war die Veranstaltung von einer erfreulichen Beschaffenheit. Die meisten Mitglieder des Hauptvereins schloßen sich der sozialdemokratischen Partei an. Gestern war die Festlichkeit der sozialdemokratischen Partei aus. Gestern war die Festlichkeit der sozialdemokratischen Partei aus. Gestern war die Festlichkeit der sozialdemokratischen Partei aus.

Bei der Direktion der Heinkel-Werke in Rostock-Teleogramm des Kapitäns Romagna von der Gitta in die Gelaufen, in die und Tag der Arbeiter-Turn- und Sportbundes der Stadtgruppe der „Italia“ befehlt werden.

„Christliche Arbeitervereine“ überfordert die Partei eine Meinung nach der bei dem Hüttenrat der Teile das 19. Kind geboren wurde...

Der oberste Sozialdemokratische der Sozial-Union von Internationalen Kontho-Kongress und an der Vertretung in den Vereinigten Staaten im September teilzunehmen.

In einer Vorstadt von Warschau, in Rostok, ist eine proletenische Wertstätte in die Luft geflogen. Die Verbrannt, eine ertit Brandwunden.

Zuglasmische Genarmen verhaltenen in der Horos den ungarischen Lokomotivführer eines von den tendenden Verlenungen. Ueber die Ursache der Verlenungen weigern die Genarmen jede Auskunft.

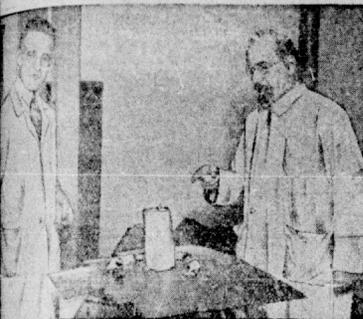
Im französischen Handelsministerium ist ein französisches Abkommen unterzeichnet worden, das die politischen Beziehungen regeln soll.

Das französische Wasserflugzeug „Fregate“, das von dem Piloten Paris, ist von Drefz zur Überquerung des Ozeans

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Neues aus aller Welt



Die funktionelle Erfindung: Unverwundbares Papier

Ein Berliner Chemiker Franz Kraus ist eine Erfindung gelungen, deren Auswertung noch ungewissen Folgen sein kann. Er hat ein solches feuerfestes und glattes Papier erfunden, das sich nicht verbrennen lässt, sondern nur durch Erhitzen auf 200 Grad Celsius erweicht. Dieses Papier besteht aus einem besonderen Material, das aus einem besonderen Verfahren hergestellt wird. Die Erfindung hat eine große Bedeutung für die Papierindustrie, da sie die Herstellung von feuerfesten Papieren ermöglicht. Dies ist besonders wichtig für die Herstellung von Dokumenten, die in feuergefährlichen Umgebungen verwendet werden müssen.

Frankenlose Heberfahrt bei der Dawes-Bahn

Am Abend gegen 7 Uhr fuhr an der Frankfurter Heberbahn ein Motorwagen mit vier Personen besetzt. Der Fahrer wurde durch einen Unfall schwer verletzt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bekannt. Die Verletzten sind in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Die Heberbahn ist eine wichtige Verkehrsverbindung in Frankfurt am Main.

Schweres Eisenbahnunglück bei Borken

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am 29. September bei Borken. Ein Güterzug mit 20 Waggons entgleiste und stürzte in einen Graben. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bekannt. Die Verletzten sind in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Die Eisenbahnverwaltung hat die Strecke für einige Tage gesperrt.

Ein russischer Transarktisflug

Ein russischer Transarktisflug wurde am 29. September durchgeführt. Die Expedition führte von Sibirien nach Alaska. Die Flugzeit betrug 24 Stunden. Die Expedition ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Luftfahrt.

Waffenstillstand in Rom

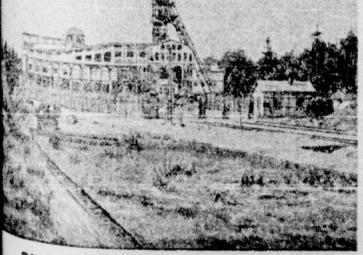
Ein Waffenstillstand wurde in Rom vereinbart. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind erfolgreich verlaufen. Die Waffenruhe ist ein wichtiger Schritt in der Beilegung des Konflikts.

Waffenstillstand in Rom

Ein Waffenstillstand wurde in Rom vereinbart. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind erfolgreich verlaufen. Die Waffenruhe ist ein wichtiger Schritt in der Beilegung des Konflikts.

Waffenstillstand in Rom

Ein Waffenstillstand wurde in Rom vereinbart. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind erfolgreich verlaufen. Die Waffenruhe ist ein wichtiger Schritt in der Beilegung des Konflikts.



Die Beuthen-Grube in Oberschlesien

Die Beuthen-Grube in Oberschlesien ist eine der größten Steinkohlegruben Deutschlands. Die Grube ist seit Jahrzehnten im Betrieb und liefert eine große Menge an Kohle. Die Grube ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region.

Raubüberfall in einem französischen Bahnpostwagen

In der Nacht zum Sonntag trat im Postwagen eines Schnellzuges plötzlich ein maskierter junger Mann, der sich anscheinend von Beginn der Reise an dort versteckt gehalten hatte, mit dem Revolver in der Hand vor den Postwagenführer und forderte von ihm die Herausgabe von Wertbriefen. Nach Entgegennahme dreier Postkäufe ging er die Toilette und verschwand, als der Zug zum Stehen kam, im Dunkel der Nacht. Die sofort aufgenommene Verfolgung blieb ergebnislos. Am nächsten Tage fand man unter einer Abwehrbrücke die durchwühlten Postkäufe, aus denen die Wertbriefe fehlten.

Autounfall bei Weh

Ein den Verkehr von Weh nach dem Flugplatz Frescati vermittelnder Autobus fuhr gestern nachmittag gegen einen Baum und schlug um. Mehrere Insassen wurden verletzt, fünf von ihnen mühten sich im Krankenhaus befreit zu werden.

Eisenbahnunfall bei Neunort

Von einem Unsturz, der in der Nähe des bei Neunort gelegenen viel besuchten Strandortes zur Fokoman über einen Wasserarm der Jamaica Bay führt, führte der erste Wagon eines aus zehn Waggons bestehenden Ferienzuges der Long-Island-Bahn vor dem offenen Zugbrücke hinab in die See und verlor auf dreizehneln im Wasser, während der nachfolgende Wagon in gefährlicher Lage am Rande der Brücke hängen blieb. In dem abgetriebenen Wagon befanden sich 24 Passagiere und der Fahrstuhlführer. Sie konnten sich zum größten Teil selbst retten, indem sie die Bahnhöfe erreichten.

Stärkt die Rote-Hilfe-Spende für die amnestierten proletarischen Gefangenen!

Die Rote-Hilfe-Spende für die amnestierten proletarischen Gefangenen ist ein wichtiger Schritt in der Unterstützung der Arbeiterbewegung. Die Spenden helfen, die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen zu decken. Die Arbeiter sollten sich an der Spende beteiligen, um die Rechte der Gefangenen zu verteidigen.



Wie die Bourgeoisie reist Das Innere eines Lustschiffes

Den Kopf zermetert

Auf einer Dienstreise, die ihn bis nach Berlin und dann von dort wieder über Magdeburg nach Halberstadt führen sollte, erlitt ein Eisenbahner vor hier einen tödlichen Unfall. Als er bei der Einfahrt in den Bahnhof Brandenburg nachhaken wollte, um die Einfahrt frei war, raste er mit dem Kopf gegen einen Eisenpfosten. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch, an dessen Folgen er gestorben ist.

Waldbrände an der spanisch-französischen Grenze

Wie aus Bergpagan gemeldet wird, wüten in den Pyrenäen längs der spanisch-französischen Grenze Waldbrände. Nach dem „Matin“ sind in der Gegend von Bives Eichenbestände auf einer Strecke von 10 Hektar niedergebrannt. Nach dem „Echo de Paris“ soll der Schaden bis jetzt über Millionen übersteigen.

Waldbrand bei Triberg

Zwischen Triberg und Stubbach brach gestern nachmittag gegen 4 Uhr an der Schwarzwaldbahn beim Tunnel Eisenwald 2 ein Waldbrand aus, der vermutlich infolge Funkenflugens aus einer Lokomotive entstand ist um etwa sechs Hektar ergriffen hat. Die Löscharbeiten gestalteten sich schwierig, weil der Brandplatz auf einer jener zugänglichen Felsen liegt und kein Wasser vorhanden war.

Das Raketenflugzeug

Der Bau des Raketenflugzeuges der Raab-Katzenheim-Werke ist vollendet. Die Versuchsflüge werden in diesen Tagen beginnen.

Großfeuer in München

Am Sonnabendmorgen brach im Dachstuhl der Städtischen Gewerkschule München in der Westrieder Straße Großfeuer aus. Die Bekämpfung des Feuers gestaltete sich sehr schwierig, da der Speicher höher zugänglich ist. Insgesamt wurde der Brand mit neun Schuttschichtungen angegriffen, und nach zweistündiger Tätigkeit war das Feuer soweit lokalisiert, daß die Gefahr beseitigt und ein Weitergreifen auf die benachbarten Anwesen verhindert war. Man weiß noch nicht, wie der Brand entstand ist, vermutet aber, daß er durch die Hitze, die ein in der Schale ausgeleiteter Vorzeilerbruch entwickelte, verursacht wurde. Da der ganze Dachstuhl und der Speicher abgebrannt sind, ist der Schaden sehr erheblich.

Die Ballade von der Margarine

Margarine wurde zum ersten Male auf Anregung Napoleons III. hergestellt, die erste Margarinefabrik wurde 1871 in Paris gegründet. (Nicht Soy muß als Transparenz auf die Bühne gebracht werden.)

Die Königin Marie-Antoinette sah einst bei ihrer Morgenstunde, die mittags am Zwölfte begann. Man überreichte ihr grade die Läden, da wollte sie plötzlich der Herzogin folgen. Denn da riefen die Hausfrauen an.

Sie stellten sich auf vor den Tuilleries und haben dort laut nach Brot geschrien, nach Brot, Brot, Brot.

Marie-Antoinette lenkte einen Wagon, warum denn das Brot da unten so schreie, sie hätten doch bei ihr nichts zu suchen.

„Und wenn Sie zu Hause haben kein Brot, warum essen Sie denn keinen Kuchen?“

Der Kaiser Napoleon der Dritte kam einst von seinem Morgenritte und ging zu regieren an. Er träumte davon sein Volk zu hehlichen, ihm eine besondere Gnade zu schenken. Da riefen die Kommandanten an.

Sie stellten sich auf vor seinem Palast, sie verfluchten die Heischen, die als verpöht, und schrien: „Lumpen, Lumpen!“

Napoleon hörte der Wogen Trost. War er auch nicht Bonapartes Sohn, so schüfte er doch seinen Vorhergänger, Er hand da wie Napoleon.

Und legte: „Wenn ihr keine Butter habt, dann isst doch Margarine.“

Ein Kaiserwort, ob zollern'sch, ob nicht, das gilt in allen Länden. Es gilt sogar in der Republik, die wie andere zufällig fanden. Wir hatten im Jahre alle gelernt: Nur Ertrag enthält Vitamine, mit der Butter ist ja gar nichts los.

Wir essen doch Margarine.

Margarine macht die Backen rund, sie macht frisch und frohlich und bieder. Margarine ist und bleibt gesund und schenkt die Sinnlichkeit nieder. Margarine ist das höchste Gut, man ist sie zu Hause bei Mutter. Margarine schmeckt nicht bloß so, sie ist auch wirklich viel besser als Butter. So predigen, die im Leben nie Margarine zu essen brauchen.

Die Arbeiterkinder sind unterernährt — der Profit ist ihnen nicht zu raschen.

Doch eines Tages — Mann für Mann — da rufen die Proleten an.

Sie stellen sich auf mit gezierter Kraft, zertrümmern die Margarinehersteller. Sie kämpfen für ihre Klasseninteressen, und das Arbeiterkind wird Butter essen.

(Aus der Revue „Halle, der Konjunktur“, die getrunken zum ersten Mal in Deutschland anlässlich des 25jährigen Genossenschaftsjubiläums aufgeführt wurde.)

Rätselcke

Auszähl-Bers

- 1, 2, 3, 4, 5, 6, sieben, keinen Nächsten sollst Du lieben, sagt der Wärter, aber er, wenn liebt er?
- 1, 2, 3, 4, 5, 6, sieben, es ständ in der Schrift geschrieben, aber es glaubt selber dran nicht der heilige Gottesmann.
- 1, 2, 3, 4, 5, 6, sieben, hütet Euch vor diesem Dieben, kommt der Waffe in mein Haus, sagt mein Vater, fliegt er raus, Du bist aus.

Mel	—	der
Wau	—	fer
Hun	—	bel
Su	—	nung
Hon	—	per
Bril	—	hin
Ta	—	bann
Reu	—	de
Jau	—	na
Wei	—	gel
Gau	—	ven
Reu	—	mil
Ra	—	mie
Wa	—	min
El	—	pa
Car	—	lung
Ho	—	res
Su	—	jen
Sa	—	pih
Treb	—	le
St	—	lat
Soa	—	dp
Kon	—	ten

Die „Klassenkampf“-Rechtsauskunftstelle ist bis Ende August geschlossen. Wir ersuchen unsere Leser hiernun Kenntnis zu nehmen. Der Verlag.

Ein Rüberroman

Verfasst von der 3A für Arbeiterport und Körperpflege... (Text continues with details of the work and its purpose for workers' sports and physical education.)

U.S.G. entgegnet den „Volsbatt“-Denunzianten

Wahrheitsbeweise gegen freche Lügen über das Bitterfelder Fußball-Derby

In der Dienstag-Nummer des „Volsbatt“ erscheint groß und feindlich ein Artikel über das Fußball-Derby in Bitterfeld... (The article discusses the football match between U.S.G. and Bitterfelder Fußball-Club, refuting accusations of cheating.)

Esam die die Bitterfelder des U.S.G. nach Bitterfeld kamen, hatten es die Bitterfelder... (Continuation of the article text.)

Manchen des Bitterfelder... (Continuation of the article text.)

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission... (Text discusses the role of the Central Commission and the importance of fair play in sports.)

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission...

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission... (Continuation of the text.)

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission...

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission... (Continuation of the text.)

Kreisfussball der Wasserportler

am 22. Juli in Chemnitz. - Gute Erfolge des Freien Wasserportvereins... (Report on the water polo tournament in Chemnitz.)

Mitteldeutsche Spielereinnung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Unter großer Teilnahme der Kreisvereine fand in der Vorwoche... (Report on the regional sports tournament.)

Unter großer Teilnahme der Kreisvereine fand in der Vorwoche... (Continuation of the tournament report.)

Table with 2 columns: Team names and scores. Includes teams like Bitterfeld, Chemnitz, and others.

Arbeiterportler!

Haltet zum Genossenschaftstag am 29. Juli. Eucht euch... (Call to action for workers' sports.)

Die Spiele im Bitterfelder Industrieland

Im letzten Wochenausgang des Wettbewerbs auf 4:0... (Report on local sports events.)

Der Arbeiter-Schachklub Halle

Wird am Sonntag in Chemnitz... (Report on a chess tournament.)

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission...

Weshalb mit dem Rüberroman wird die Zentral-Kommission... (Continuation of the text.)

Arbeiterportler

fordert, daß man in Eurem Verein... (Call to action for workers' sports.)

Arbeiterportler

fordert, daß man in Eurem Verein... (Call to action for workers' sports.)

Weitere Anträge an den Gewerkschaftskongreß

Bei der letzten Mitgliederversammlung des Deutschen Verkehrsvereins wurde folgender Antrag eingebracht und angenommen:

Die kapitalistische Nationalisierung und die Gewerkschaften

Die Nationalisierung in den Gewerkschaften haben sich von Anfang an die Nationalisierung eingelegt mit der Begründung, daß diese mit einem schmerzigen aber notwendigen Übertrag für die Arbeiterklasse folgende Vorteile erreicht werden können:

- 1. Durch Erhöhung der Produktivität Mehrung der Gütererzeugung;
- 2. Befähigung der Preise;
- 3. Erweiterung des Inlands- und Außenhandels;
- 4. Klärung der Erwerbslosigkeit;
- 5. Steigende Löhne und Steigerung des allgemeinen Wohlbefindens.

Die Gewerkschaftsopposition vertrat dagegen die Meinung, daß

- 1. die Nationalisierung eine erhöhte Ausbeutung ist und für die Arbeiter eine Verdrängung durch die Konkurrenz bedeutet,
- 2. die Nationalisierung den Widerstand zwischen Produktion und Konsumtion nicht aufhebt, sondern verstärkt,
- 3. die Nationalisierung nicht nur die Erwerbslosigkeit nicht mindert, sondern im Gegenteil steigert (das beweisen die hohen Zahlen der Erwerbslosen), und
- 4. die Nationalisierung nicht nur die Arbeiter in den Betrieben können nur vom Gegenteil berufen.

Die Opposition fordert deshalb aus den vorgenannten Gründen von den Gewerkschaften den Kampf für sofortige Rückkehr zum achtstündigen Tag, der 45-Stunden-Woche und der Sechsstunden-Schicht, um die schädlichen Auswirkungen der Nationalisierung zu bekämpfen.

Der Kampf um die Nationalisierung ist ein Kampf um die Erhaltung der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse.

Die Mittel, diesen Kampf der Gewerkschaften wirksam zu gestalten, ist die sofortige Schaffung von Industrieverbänden.

Wie soll der Gewerkschaftskampf geführt werden?

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, nahm folgenden Antrag an:

Am 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Antrag zur Förderung des Gewerkschaftskampfes.

Die bittere Enttäuschung müssen die Gewerkschaftsmitglieder fühlen, daß trotz der geführten Kämpfe und der zahlenmäßigen Steigerung der Löhne sich die Lage der Arbeiter immer weiter verschlechtert und die Kaufkraft des Lohnes immer sinkt. Es ist zu erkennen, daß die bisherige Führung der Gewerkschaften einen großen Mangel unterliegt und daß die Fortführung der bisherigen Taktik noch zu größerer Ausbeutung und Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter führen wird. Die bisherige Unfähigkeit des DGB, in den Lohnkämpfen fast zum Scheitern der gesamten Kollegenhaft ausgemittelt. Die wirtschaftliche Einstellung hat lediglich dem Unternehmertum riesige Gewinne eingebracht.

Am Grund dieser Tatsachen, stellt der Kongreß fest:

- 1. Die Voraussetzung für einen siegreichen Erfolg bei der Führung von Wirtschaftskämpfen ist, daß die Führer selbst auf dem Boden des Marxismus stehen und zum radikalen Kampf gegen die herrschende Kapitalistenklasse bereit sind und sich selbst überzeugt sind, daß im jetzigen System nach keiner reformistischen Veränderungen und schmeichele Erfolge die Lage der Arbeiterklasse um nichts gebessert wird.
- 2. Das heutige Schlichtungswesen bildet ein großes Hindernis für die Gewerkschaftsbewegung und ist zu bekämpfen.
- 3. Die Bildung von Industrieverbänden muß sofort in Angriff genommen werden. Nach Beendigung des Kongresses haben die Gewerkschaftsverbände sofort die Vorbereitungen dazu zu treffen.
- 4. Alle Kämpfe müssen einheitlich geführt, die künftliche Durchführung verschiedener Abschlüsse der einzelnen Löhne einheitlich werden.
- 5. Der Landesverband hat die Kämpfe zu organisieren und durchzuführen mit dem Ziel, das gesamte Ausbeutungs-System zu beseitigen und das kapitalistische System zu erringen.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Ortsgruppe Berlin.

Ausgeschlossen wegen Unterstützung kämpfender Metallarbeiter!

Karlheinz Pfeiffer (Verenburg) zur Strafe gebracht! — Metallarbeiter, protektiert!

Landesgruppenleiter Genosse Pfeiffer (Verenburg) ist jetzt aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen worden. Am 11. Juli legte das Schlichtungsamt, als Vorsitzender des Verhandlungsausschusses, die Beschlüsse des Verbandes vor. Dieser hat sich natürlich den Ausschluß Pfeiffers mit 3 gegen 2 Stimmen wurde der Ausschluß beschlossen. Genosse Pfeiffer als Stadtratsmitglied in Verenburg, kommunale Unterstützung freier Arbeiter und als Vertreter Metallarbeiter beantragt hat. Die Arbeiter haben sich übermäßig über die organisierten Metallarbeiter im Reich bedürftig, wenn Stadtratsmitglied werden wollten, so hätte die Unterstützung der Arbeiter in mehreren Orten sozialdemokratische Arbeiter für die kommunale Unterstützung der streikenden ausgegrenzten Metallarbeiter gestimmt. Das ist ein Zeichen

darf, wie sehr es im Sinne der Arbeiter liegt, daß während eines Arbeitskampfes alles eingesetzt wird, um die Lage der kämpfenden Proletariat zu verbessern, sie zu befeuern, länger im Kampf auszuhalten. Denn die betreffenden sozialdemokratischen Stadtratsverbände haben nur unter dem Druck der Arbeiterpartei voran geschoben. Die Anordnungen des sozialdemokratischen Stadtrats sind daher:

Wenn nämlich die Tat des Genossen Pfeiffer zum Bestehen gelangt wäre, so aus den Bedürfnissen der sozialdemokratischen Partei heraus.

Die Bourgeoisie will es nicht dulden, daß kommunale Mittel zur Unterstützung Streikender und Hungerkämpfer bewilligt werden. Weil die sozialdemokratischen Führer alle Bemühungen der Bourgeoisie durchzuführen, so haben sie ihren Stadtratsverbänden die Anweisung gegeben, nirgends kommunale Unterstützungen zu beantragen oder zu bewilligen.

Wenn nun kommunalistische Fraktionen solche Anträge stellen, ist selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion gewonnen, zu zeigen, daß sie gegen die kämpfenden Arbeiter ist. Je größer der Druck, desto mehr.

Mobilisiert die Metallarbeiter für die Urabstimmung zum Gewerkschaftskongreß am Sonntag von 10 bis 14 Uhr

über die Abstimmung unter den sozialdemokratischen Arbeitern, je größer die Wert der sozialdemokratischen Führer auf die Kommunisten, die nur ihre proletarische Pflicht erfüllen.

Die reformistischen DGB-Führer machen sich zu willigen Exekutoren der SPD-Politik, und sie erregt zu neuen Vorwand, um Vorkämpfer der gewerkschaftlichen Opposition auszuschließen. Dabei gehen die DGB-Führer sogar so weit, kommunalistische Stadtratsverbände zur Unterstützung der SPD-Politik zu zwingen, sich als Genossen der SPD, aufzuspielen. In dem Sinne kann die Spaltungspolitik auf die Spitze zu treiben. Das ist notwendig, um dem zu zeigen, daß die Aufgaben über die Massenanschlüsse zu verbreiten, da ja die SPD-Presse und Gewerkschaftspresse beharrlich jeden Fall durchwagt.

Jede Gelegenheit, vor allem jetzt die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß, muß benutzt werden, um den Proletariat der Mitglieder gegen die reformistische Spaltungspolitik zum Ausdruck zu bringen.

Kollegen des DGB, publiziert die Kandidaten der Opposition zum Gewerkschaftskongreß.

Es sind die Genossen Paul Drecher und Georg Schumann

Mobilisiert auch den letzten Kollegen zur Wahl. Wer keine Stimme nicht abgibt, verhilft den Reformisten zum Siege.

„Sklavische Arbeitsbedingungen für deutsche Bergarbeiter in Rußland“

Ein Mutterbeispiel der verdammerlichen Bege der Gewerkschaftszertörer gegen die Sowjetunion

GS. Unter dieser Überschrift bringt die „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 27 vom 7. Juli einen Artikel über angebliche Arbeitsbedingungen, denen deutsche Bergarbeiter in Sowjetrußland unterworfen sein sollen. Es ist bekannt, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ an der Spitze aller dieser gegen Sowjetrußland gerichteten Angriffe steht. Jede ihrer Nummern bringt einen an Verlogenheit drohenden Artikel gegen die russische Proletariat. Das ist natürlich, arbeitet doch eine widerwärtige Redaktion in der Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“. Bismarck er arbeitet dort nicht, sondern wird nur als Expedient bezahlt, denn seine Tätigkeit besteht im Leben der Zeitungen und in falscher Überzeugung von Artikeln, die den Redakteuren der „Bergarbeiter-Zeitung“ das Material für den Rußlandbeleg liefern. Deshalb beruht sich die „Bergarbeiter-Zeitung“ sehr auf dem Artikel des „Tud“ oder einer anderen russischen Zeitung, die ihr von diesen Bergarbeitern natürlich im Sinne weigardistischer Propaganda überlegt werden.

Der Artikel in Nr. 27 unter obiger Überschrift stützt sich jedoch nicht auf Mitteilungen einer russischen Zeitung, sondern auf direkte Ereignisse hier in Deutschland. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ gibt nämlich einen Vertrag wieder, den die Schachtbau-AG abgeschlossen hat mit den von ihr nach Rußland zum Schachtbau angeworbenen Bergarbeiter abgelehnt.

An diesen Vertrag knüpft die „Bergarbeiter-Zeitung“ die unglaublichen Behauptungen, die nur einem ausgepöbelten Dummkopf entzpringen sein können.

Was hat mit diesem Vertrag Sowjetrußland zu tun? Nichts, aber auch gar nichts. Die Firma Thibon hat es übernommen, einige Schäden für die russische staatliche Eisenbahnenindustrie abzubauen. Zur Durchführung dieser Arbeiten ist ihr gefastet, Facharbeiter aus Deutschland mitzubringen. Kommen diese Arbeiter nach Rußland, dann unterliegen sie in jeder Beziehung den in Rußland geltenden Arbeitsbedingungen, die durch einen Vertrag zwischen privaten Arbeitgebern und einzelnen Arbeitern festzusetzen oder geändert werden können. Es bedarf also nicht überhaupt eines besonderen Vertrages nicht, um in Rußland Arbeit zu bekommen.

Nun schließt aber trotzdem die Firma Thibon mit den Arbeitern, die sie anwirbt, einen besonderen Vertrag. Warum? Es wird jedem auffallen, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ den § 2 des Vertrages nicht wiedergibt. In dem § 2 wird nämlich angegeben, daß die Firma Thibon die Hins und Rückreise bezahlt, daß die Firma Thibon die Firma Thibon bezahlt, daß die Firma Thibon eine Summe, mindestens in einer Höhe, die zum Lebensunterhalt der hiesigen Familie ausreicht zu zahlen und auch, weil es die deutschen Behörden verlangen, eine Garantie zu übernehmen für die Sicherstellung der Familie im Falle, daß der Betreffende verunglückt oder sonst einen Unfall erleidet. Diese Garantie muß die Firma Thibon übernehmen, damit die betreffende Arbeiterfamilie sichergestellt ist und der Arbeiter, auch eine Ausreise-Genehmigung nur der deutschen Behörden erhält.

Es ist nun ganz unverständlich, daß die Firma Thibon ihrerseits den Arbeiter vertraglich festzulegen versucht, damit er auch eine bestimmte Zeit lang im Dienste der Firma bleibt. Würde sie das nicht tun, dann könnte der Arbeiter, wenn er im Dienstgebiet ankommt, seine Wege nehmen, die Firma Thibon nicht aber hier in Deutschland für seine Familie aufkommen. Er kann es auch tun, wenn der Vertrag besteht, denn der Vertrag hat für Rußland keine Gültigkeit. Aber dann ist auch die Firma Thibon der Familie in Deutschland gegenüber zu nichts verpflichtet.

Erfolgreicher Streik

Die bei der Firma August Friede, Halle, Lindenstraße, erfolgte Arbeitseinstellung wegen vertriebenen Tarifstreiks der Firma ist durch die Geschlossenheit der Kollegen am 19. Juli mit vollem Erfolge beendet worden.

Nach zwei Reichsheider Genossen aus dem DGB, ausgeschlossen

Gegen die fünf Reichsheider Kollegen Bromm, Krell, Fahrenrath, Paul und Pflüger war von der DGB-Verwaltung ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden. Die Untersuchungskommission hat jetzt nach zwei Sitzungen das Urteil gefällt. Die Genossen Bromm und Krell sind ausgeschlossen, die Genossen Fahrenrath und Paul erhielten ein Jahr Verwarnung und Funktionsverbots, Kollege Pflüger mußte freigesprochen werden.

Also nach zwei willkürliche Ausschüsse, nicht nur parteipolitischen Gesichtspunkten und zwei Mehrregelungen!

Genosse Schmitt wurde ausgeschlossen, weil er auf die Frage des Reformisten Erhardt, ob er bestimmte Mitglieder der SPD, billige erklärte:

„Ich bin Mitglied der Kommunistischen Partei und billige als solches selbstverständlich ihre Beschüsse.“

Der Ausschluß des Kollegen Krell wird mit noch ungenügender Argumenten begründet. Er habe in einer Verammlung eine Erklärung gegen die rechts- und katzenartige Ablehnung der Ortsverwaltung verlesen und außerdem sei er zu selbstbewußt (!) aufgetreten. Durch die Verwarnungen und Funktionsverbote gegen die anderen zwei Kollegen will die kommunistische Ortsverwaltung in Reichsheide ihre Position gegenüber der Mehrheit der oppositionellen Metallarbeiter halten.

Metallarbeiter, ihr seid diese unannehmliche Kette der Spaltungsmaßnahmen der Reformisten. Verküfft den Abwehrkampf! Stimmt bei den Wahlen zum DGB-Kongreß für die oppositionelle Liste und betanet damit, daß ihr für die Einheit des Verbandes, für eine Kampjornigung und für die Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in den Gewerkschaften eintrittet.

Reformistische oder revolutionäre Gewerkschaftspolitik?

Darauf den Kollegen im Betrieb und in den Gewerkschaften die richtige Antwort zu geben, das ist die Aufgabe eines jeden politischen Gewerkschaftlers. Darum müßt Du, müßt Dein Kollege den

„Kampf“

Das monatliche Organ für Gewerkschaftsbewegung und soziale Fragen sein.

Daß der Vertrag nicht das geringste mit russischem Arbeitsrecht oder den in Rußland existierenden Arbeitsbedingungen zu tun hat, beweist auch dem Zitatieren der Absatz 5 des § 3 des Vertrages. Darin heißt es:

„Mit der Beendigung oder Einstellung findet auch das Arbeitsverhältnis sein Ende. Es kann jedoch aus den in der Reichsgewerbeordnung (§§ 123, 124 und 124a) vorgesehenen Gründen jederzeit mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.“

Es werden dann die Gründe angeführt, die fast wörtlich der Deutschen Reichsgewerbeordnung entnommen sind. Seit wann sind nun die Russen verantwortlich für die deutsche Reichsgewerbeordnung? Die „Bergarbeiter-Zeitung“ sagt wörtlich:

„Ein solcher Sklaven-Vertrag ist in keinem Kulturstaat möglich. Möglich ist er nur in Ländern mit unbeschränkter Willkürherrschaft, in den Unmoralen Afrika und — wie vorliegendes Dokument zeigt — in den Bergwerken der bolschewistischen „Kultur-Träger“.

Auch wie sind der Auffassung, daß solche Bestimmungen, wie sie die §§ 123, 124 und 124a der deutschen Reichsgewerbeordnung enthalten, eines Kulturlandes unwürdig sind. Nur wissen wir, daß diese Bestimmungen in Rußland nicht existieren, sondern in Deutschland.

Die Bolschewisten in Rußland haben solche Bestimmungen in Angriff befohlen. Die Sozialdemokraten haben in Deutschland in ihrer schamhaften Regierungslosigkeit diese Kulturhande nicht befohlen. Im Gegenteil, sie haben sie behütet und beschützt, damit deutsche Kapitalisten sie auch gegen deutsche Arbeiter, die nach Rußland wollen, anwenden können.

Eine viel größere Kulturhande sind aber die Schlichterinnen in der „Bergarbeiter-Zeitung“, die auf die Intensivierung ihrer Leser festhalten, deutsche Gewerkschaften als russische Kulturhande beschreiben.

Am § 4 des Vertrages wird die Arbeitszeit festgelegt. Es heißt da:

„Die Schichtzeit beträgt über Tage 8 Stunden ohne Pausen, unter Tage 6 Stunden ohne Pausen.“ Der Vertragstext in der „Bergarbeiter-Zeitung“ macht dazu folgende Bemerkung:

„Die angegebene Schichtzeit ist ohne Pausen, also ohne Ein- und Ausfahrt und ohne Brotzeiten. Tatsächlich beträgt also die reine Arbeitszeit 6 Stunden, während die Schichtzeit entsprechend länger ist.“

Hier wird also, um eine längere als übliche Schichtzeit herauszubringen, einfach die Schichtzeit als 8 Stunden angegeben, ohne Ein- und Ausfahrt und Pausen hinzugezählt und so eine längere als übliche Schichtzeit konstruiert.

Diesen Schwindel muß man machen, da sonst die Eigenmethoden der „Bergarbeiter-Zeitung“ über die 10- und 11stündige Schichtzeit in russischen Bergbau zu offensichtlich würden. Jeder Bergarbeiter weiß aber, daß beim Schachtarbeiten während Schichtzeit und Arbeitszeit kein Unterschied vorhanden ist, da der Arbeiter nicht zum Schicht zu laufen braucht, weil er ja im Schicht arbeitet. Jeder Bergarbeiter weiß aber auch, daß es bei 10stündiger Schichtzeit im Bergbau keine besonderen Pausen gibt, weder im Schicht noch im sonstigen Grubenbetrieb. Die deutschen Bergarbeiter werden sicherlich diese russische Schichtbestimmung ohne Pausen und ohne Ein- und Ausfahrt angenehmer finden, als die Schichtbestimmung mit Ein- und Ausfahrt ohne Pausen, wie sie in Deutschland existiert. In einem weiteren Artikel werden wir auf den übrigen Teil des Geheißens der „Bergarbeiter-Zeitung“ eingehen. Derselbe ist in unserer nächsten Ausgabe.

